



VERTRETUNG
DEUTSCHSPRACHIGER
GEOGRAPHIESTUDIERENDER
WWW.GEODACH.ORG

GeoDACH e.V.

Geographisches Institut der Universität Bonn

Meckenheimer Allee 166

Antrag

zur Mitgliederversammlung von GeoDACH

Vertretung Deutschsprachiger Geographiestudierender e. V.

auf der Sommer BuFaTa 2025 in Kiel

Antragsteller*innen: Vanja (Bremen) / Linus (Kiel)

Antragsgegenstand: Steigende Semesterbeiträge

Gegen steigende Semesterbeiträge, gegen die Sparpolitik an Bildung und Wissenschaft!

Antrag:

GeoDACH e.V. unterstützt die studentischen Forderungen gegen steigende Semesterbeiträge. Die fehlenden Gelder in den Haushalten des Bundes und der Länder dürfen nicht auf die Studierenden umgelegt werden, weder durch die Einführung neuer Kostenpunkte wie einem Verwaltungsbeitrag oder Kürzungen bei den Studierendenwerken! Die Kürzungspolitik darf nicht auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die ohnehin unter prekären Bedingungen leben – sei es als Studierende oder als Beschäftigte an den Hochschulen. Bildung und Wissenschaft müssen politisch priorisiert werden, damit alle einen Zugang zu universitärer Bildung erhalten können, damit echte Chancengleichheit unabhängig vom individuellen sozioökonomischen Hintergrund gewährleistet werden kann. Wir fordern die finanzielle Entlastung der Studierenden, studentische Mitbestimmung und die Realisierung echter Chancengleichheit!

Begründung:

Steigende Semesterbeiträge belasten Studierende zunehmend. Für viele Unis beträgt der Semesterbeitrag mittlerweile Beträge, die äquivalent zu einer Monatsmiete sind. Dabei sind Studierende grundsätzlich in den meisten Fällen armutsgefährdet oder arm. Viele müssen sich entscheiden, ob sie neben dem Vollzeitstudium einem Job nachgehen, worunter dann die Leistungen leiden oder ob sie sich auf das Studium fokussieren und dann jeden Cent zwei Mal



VERTRETUNG
DEUTSCHSPRACHIGER
GEOGRAPHIESTUDIERENDER
WWW.GEODACH.ORG

GeoDACH e.V.

Geographisches Institut der Universität Bonn

Meckenheimer Allee 166

umdrehen müssen. Die aktuellen Erhöhungen verstärken diese Probleme zusehends, wobei die Möglichkeit zu studieren dadurch mehr und mehr zur sozialen Frage wird. Im Ärmsten Bundesland beispielsweise, an der Universität Bremen, sollen die Semesterbeiträge zum Wintersemester auf 425€ steigen, da neben dem Deutschlandsemesterticket auch die Beiträge zum Studierendenwerk um 45€ steigen, da das Land bei diesen Geldern massiv gekürzt hat. In Schleswig-Holstein soll ein neuer Verwaltungskostenbeitrag eingeführt werden, damit das Land an den Universitäten sparen kann. Durch diesen neuen Kostenpunkt, der künftig auch immer wieder erhöht werden kann, würde der Semesterbeitrag in Kombination mit den Erhöhungen des Deutschlandsemestertickets an der CAU Kiel zum Sommersemester 2026 auf etwa 370€ steigen. Gegen diese Erhöhungen gibt es studentischen Widerstand, an den Universitäten in den genannten Beispielen und an vielen anderen Orten ebenfalls, mit diesem Widerstand müssen wir uns solidarisieren und uns den Forderungen gegen die Kürzungspolitik anschließen!